Energie Baden-Württemberg (EnBW), landeseigener Energiekonzern, plant zwei 230 Meter hohe Windkraftanlagen in Adelberg, ein Gebiet östlich von Stuttgart, das von Rotmilanen bewohnt wird. Sie könnten sterben, gibt EnBW in einem Antrag an das Regierungspräsidium Stuttgart zu. Der Antrag liegt der „Welt am Sonntag“ vor. Aus ihm geht hervor, dass EnBW den Tot der Rotmilane für die Energiewende und das Geschäft mit der Windkraft in Kauf nehmen wolle.

Wenn das Schule mache, könnte das den Ausverkauf des Naturschutzes in Deutschland und des europäischen Artenschutzes zugunsten der Windindustrie einleiten, befürchten Naturschützer und Vogelkundler, wie zum Beispiel Harry Neumann, Wolfgang Epple und Fritz Vahrenholt. Sie warnen vor einen Präzedenzfall.

Im Windwahn: EnBW beantragt „Lizenz zum Töten“

EnBW Energie Baden-Württemberg AG, ein Energieversorgungsunternehmen, das mehrheitlich dem grün-rot regierten Land Baden-Württemberg und den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken – einem kommunalen Zweckverband – gehört, „will Lizenz zum Töten“ von Rotmilanen, die Bauplänen für Windkraftanlagen im Wege sind. So oder ähnlich wie die Überschrift in der Bild lauten die Titel in verschiedenen Tageszeitungen.

Der „Welt am Sonntag“ liegt ein Antrag von EnBW an das Regierungspräsidium Stuttgart vor, in dem EnBW selbst einräume, dass
die Windkraftanlagen möglicherweise in einem „regelmäßig frequentierten Flugkorridor“ von zwei Rotmilan-Brutpaaren stünden. Ein „signifikant erhöhtes Tötungsrisiko“ lasse sich „nicht gänzlich ausschließen“. EnBW fordere deshalb das Regierungspräsidium auf, für Adelberg das gesetzlich verankerte Tötungsverbot für den Rotmilan aufzuheben – weil das „öffentliche Interesse“ überwiege.
Als öffentliches Interesse habe EnBW Arbeitsplatzsicherheit, Netzstabilität und Versorgungslücken durch die Abschaltung der Atomkraftwerke Philippsburg und Neckarwestheim angeführt, berichtet die „Welt am Sonntag“.

Eine Versorgungslücke hätte weder in Baden-Württemberg noch in einem anderen Bundesland entstehen müssen, sie wurde durch einen Beschluss der Bundesregierung absichtlich herbeigeführt. Dafür hat EnBW selbst den besten Beweis.



EnBW hat die Alternative: Kernkraftwerke

Auf seiner Homepage hebt EnBW auch heute noch die Vorteile der Kernenergie hervor. Zur „Versorgungssicherheit und Klimaschutz“ sagt EnBW:

EnBW, 22.08.2016

Es geht um nur zwei Kernkraftwerke, die zu bezahlbaren Preisen zuverlässig, Tag und Nacht, ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs in Baden-Württemberg abdecken können und noch viele Jahre laufen könnten. Die Frage, ob sich Arten- und Klimaschutz miteinander vereinbaren lassen, stellt sich bei Kernkraftwerken nicht. Das Problem ist durch die Nutzung der Kernenergie gelöst.

Aber es stellt sich die Frage, wem wir die Abkehr von dieser vernünftigsten aller Möglichkeiten zur Stromerzeugung zu verdanken haben? Die Verantwortlichen der EnBW-Homepage betonen den Vorteil der Kernenergie, obwohl EnBW an anderer Stelle seine absicht bekundet, in den kommenden Jahren weitere Milliardensummen in den „Maschinenraum der Energiewende“ zu investieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren.
Der Unterschied zwischen Sinn und Wahnsinn wird in diesen Sätzen der EnBW deutlich:

EnBW 22.08.2016

Diktat der Politik

Foto: EnBW

EnBW gehört wir zu den größten Energieversorgungsunternehmen in Deutschland und in Europa. Der Energieversorger steht, wie auch RWE, Eon und Vattenfall, unter dem Diktat der Politik. Es sieht vor, die zuverlässige, erprobte und kostengünstige Energieversorgung durch ein angeblich besseres System zu ersetzen. Beweise dafür gibt es nicht. Eines der wesentlichen Werbeversprechen der Politik ist die „dezentrale und selbstverantwortete Energieversorgung“. Ein Slogan, den auch EnBW wiederholt, aber wie sieht die Realität aus?

Kann man die Energieversorgung von über 5 Millionen Bürgern und Unternehmen als dezentral bezeichnen? EnBW ist über Stromnetze mit sämtlichen Energieerzeugern in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa verbunden, und kann sich, wie jedes andere Bundesland und jedes andere Dorf nicht durch Windräder vor einem Blackout schützen, wenn die Stromnetze, entweder in einem Krieg, der zurzeit herbeigeredet wird, oder durch den Zufallsstrom der Windindustrieanlagen, ein realistisches Szenario, zerstört werden sollten. Es gibt keine dezentrale Energieversorgung, sofern die zu versorgenden Einheiten (Bauernhöfe, Dörfer, Städte) nicht komplett autark sind, das heißt von den überregionalen Stromnetzen dauerhaft und endgültig abgeschnitten sind. Das Unternehmen EnBW zollt einem unsinnigen Gesetz Gehorsam, will den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren, und zerstört mit dem Verzicht auf Kernkraft ein Stromversorgungssystem in Deutschland, das allen anderen Formen der Stromerzeugung überlegen und weltweit, auch in Fragen der Vereinbarkeit von Arten- und Klimaschutz, vorbildlich war.

Rotmilan – Der NABU und der Vogelschutz

Der **NABU Hessen** wählte den Rotmilan im Jahr 2000 zum „Vogel des Jahres“ und bestätigte seine „außergewöhnlich hohe Verantwortung“. Der Weltbestand betrage maximal 25.000 Paare, davon lebe mehr als die Hälfte in Deutschland. Sein Bestand habe gebietsweise deutlich abgenommen. Der Rotmilan sei besonders durch Intensivlandwirtschaft gefährdet, hier vor allem durch die vermehrte Anwendung von Pestiziden, besonders Rodentiziden (Rückgang an Nagetieren, aber

auch direkte Vergiftungen). „Es hat sich außerdem gezeigt, dass er sehr viel häufiger als andere (Greif-)vögel an **Windkraftanlagen** verunglückt, in deren Nähe er offenbar bevorzugt nach Beutetieren sucht.“ Der Rotmilan wurde 2002 in die Vorwarnliste der neuen Rote Liste gefährdeter Brutvögel in Deutschland aufgenommen.

Unternehmen wie EnBW müssen sich Gesetzen beugen, wenn sie den rechtzeitigen Widerstand zur Verhinderung eines unsinnigen Gesetzes verpasst haben. Dieses Problem haben Naturschutzorganisationen nicht. Sie stehen für den Schutz der Natur und nicht der Industrie ein. NGOs bekämpfen Recht und Gesetze mit allen legalen Mitteln, in der Anti-Atomkraftbewegung und bei Besetzungen von Braunkohle-Tagebauten auch mit illegalen, weil für sie das eigene Ziel Priorität hat. Das unterschied bisher NGOs von Industrielobbyisten.

NGOs sind aber in die Ministerien vorgerückt und betreiben Bundespolitik.
Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit dankt ihnen dafür.

Die Führungsspitzen der großen Naturschutzverbände wie BUND und NABU und auch andere NGOs haben einen Pakt mit der Regierung und der Industrie geschlossen. Nicht allein mit den Energieversorgern und der Öko-Industrie, sondern mit allen Großkonzernen. Der Pakt, den sich beispielsweise der NABU Hessen ausgedacht hat, sieht einen faulen Kompromiss vor. Die naturräumlichen Lebensbedingungen von Arten wie beispielsweise dem Rotmilan könnten durch den weiteren Ausbau der Windenergienutzung nachhaltig beeinträchtigt werden, sodass „ein Konzept für die Raumgestaltung in der Umgebung von Windkraftanlagen“ Schadensbegrenzung beinhalten muss, räumt der NABU Hessen ein. Aber an der Illusion von einem „einträchtigen Miteinander von Greifvögeln und Windkraftanlagen“ hält er fest – zum Wohle der Windindustrie und ihrer wenigen Profiteure, zum Nachteil der Natur, der Vögel und Menschen.

**Reinhold Messner: „Alternative Energien sind sinnlos,
wenn Sie genau das zerstören, was man durch sie schützen will: Die Natur“.**

Titelfoto: EnBW

Ruhrkultour Leseempfehlung:

VLAB – Verein für Landschaftspflege & Artenschutz in Bayern: “Der 19. September war ursprünglich vom Heyne-Verlag geplant, musste jedoch aus redaktionellen Gründen – viele Fachautoren mit komplexen Themen – auf den 24. Oktober verschoben werden. Dann erscheint das Buch, auf das wir uns schon sehr freuen.” *Georg Etscheit ist Beirat im VLAB.* *https://www.landschaft-artenschutz.de/*

Werbung

